



/ **Stadtproteste. Eine gegenhegemoniale Intervention in der neoliberalen Stadt?**

Petra Kolb*

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag zeigt Ergebnisse der Analyse der Hamburger ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung, welche mit der hegemonietheoretischen Diskursanalyse der Essex School (1991) vor einem radikaldemokratischen Hintergrund untersucht wurde. Dies geschah mit der Intention, deren programmatische Struktur aufzuzeigen und diskursive Identität im politischen Raum zu bestimmen, wobei ein ausgewählter Textkorpus der Bewegung aus dem Zeitraum 2017–2021 analysiert wurde. Dadurch konnte die Identität und deren Anordnung im politischen Raum bestimmt werden. Innerhalb des Diskurses werden zahlreiche Forderungen artikuliert, welche auf eine Vertiefung demokratischer Rechte und auf die Handlungsmacht der Bürger*innen in Form von kollektiver Selbstorganisation abzielen. Die Ergebnisse zeigen, wie die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung die aktuelle Ordnung der neoliberalen Stadtplanung infrage stellt und durch ihr programmatisches Profil einen Gegenentwurf zur etablierten hegemonialen Ordnung konstituiert. Auf Basis der Artikulation verschiedener radikaldemokratischer und stadtpolitischer Forderungen werden alternative Modelle im Bereich der Stadtplanung aufgezeigt. Dies geschieht mit dem Ziel, einer gerechten Stadt und dem Recht auf Stadt für alle einen Schritt näher zu kommen.

Schlagwörter: Stadt, Protest, Recht auf Stadt, radikale Demokratie, Neoliberalisierung

Urban protests. A counter-hegemonic intervention in the neoliberal city?

Abstract

This article presents the results of the Hamburg 'Right to the City' movement, which was analysed applying the hegemony discourse analysis of the Essex School (1991) against a radical democratic background. With the intention of revealing its programmatic structure and determining discursive identity in the political space, whereby a selected text corpus of the movement from the period 2017–2021 was analysed. This made it possible to determine the identity and its arrangement in the political space. Within the discourse, numerous demands are articulated that aim to deepen democratic rights and give citizens the power to act in the form of collective self-organisation. The objective is to convey the questions of how the Hamburg 'Right to the City' movement challenges the current order of neoliberal urban planning and constitutes a counter-design to the established hegemonic order through its programmatic profile. Based on the articulation of various radical democratic and urban political demands, alternative models in the field of urban planning are demonstrated. With the goal to establish a just city and to move closer to the right to the city for all.

Keywords: City, protests, right to the city, radical democracy, neoliberalism



*Petra Kolb, Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, Porzellangasse 4, Wien. Email: petra.kolb@univie.ac.at. Für hilfreiche Anmerkungen zum Artikel möchte ich mich bei den beiden anonymen Gutachter*innen von Momentum Quarterly bedanken.



Einleitung

Da städtische Protestbewegungen in den vergangenen Jahren auf globaler Ebene stark zugenommen haben (Gestring/Ruhne/Wehrheim 2014), ist die Auseinandersetzung aus demokratiepolitischer Perspektive unerlässlich. Die Forderungen städtischer Protestbewegungen beziehen sich auf grundlegende soziale Bedürfnisse wie leistbaren Wohnraum und stellen sich gegen eine fortschreitende Neoliberalisierung und Prekarisierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche (Gebhardt/Holm 2011: 7). Die Fallauswahl der ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung (RAS) in Hamburg kann durch die Orientierung der Stadtpolitik seit den 1980ern an unternehmerischen Strategien begründet werden. Dies äußerte sich unter anderem durch Gentrifizierungsprozesse, welche durch die marktgesteuerte Stadtentwicklung beschleunigt wurden (Rinn 2016: 19). Zudem wurden neoliberale Entwicklungen im Bereich der Stadtpolitik gezielt durch eine Vermarktung der Stadt selbst als „Marke Hamburg“ (Amenda 2020) vorangetrieben. Diese neoliberalen Veränderungen in der Stadt bieten zugleich Raum für die Entstehung aktivistischer und partizipatorischer Bewegungen. Eine Reaktion auf die neoliberale Stadtentwicklung in Hamburg ist die Entstehung aktivistischer Protestbewegungen, welche diese Tendenzen bekämpfen. Auch die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung kann als Reaktion auf die Leitlinien der Stadtpolitik und Transformationen auf globaler Ebene interpretiert werden (Rinn 2016: 19). Die veränderte Bedeutung von leistbarem Wohnraum für Stadtbewohner*innen spielt eine grundlegende Rolle in dieser Arbeit und damit einhergehend ist eine Kritik der Betrachtungsweise von Wohnraum als Ware. Die hegemoniale Vorstellung, Wohnraum als Investitionsgut zu betrachten, wird von der Bewegung kritisiert. Davon ausgehend stellt die Forderung, Wohnraum für Menschen zu schaffen, ein zentrales Ziel der Bewegung dar.

Theoretischer Teil

Der Ansatz der radikalen Demokratie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1991) stellt die theoretische Grundlage dieses Artikels dar. Insbesondere Mouffes (2016a) Herausarbeitung der antagonistischen Dimension des Politischen wird fruchtbar gemacht, um die konflikthafte Dimension des Protestes im urbanen Raum zu analysieren. Durch diesen konzeptuellen Schwerpunkt erfolgt eine Abgrenzung von Arbeiten im

Bereich der Stadtgeographie, welche in ihren Zugängen stärker auf Arbeiten des Philosophen Jaques Rancière beruhen.¹

Im folgenden Abschnitt wird das Konzept „Recht auf Stadt“ nach Henri Lefebvre erläutert, da sich die Hamburger ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung in ihrem theoretischen Fundament auf Lefebvres Grundgedanken beruft. In seinem Konzept geht er der bis in die Gegenwart umkämpften Frage „Who owns the City?“ (1973) nach. Jedoch kann seine Konzeption eher als Anstoß betrachtet werden, aus dem heraus sich keine orthodoxe Interpretation, sondern multiple Bedeutungen des Konzepts ‚Recht auf Stadt‘ entwickelt haben.

Who owns the City?

Lefebvre arbeitete den Anspruch ‚Recht auf Stadt‘ in seinem Werk „Le droit à la ville“ (1968) heraus. Dieses wird darin als Recht auf einen Nichtausschluss der Bewohner*innen von den Qualitäten urbanisierter Gesellschaften beschrieben, wie beispielsweise im Falle der Stadt als offener Diskussionsraum (Lefebvre 1973: 108). Diese Entwicklung wurde durch die Erfahrung des fordistischen Klassenkompromisses hervorgebracht, welcher in der modernen Stadtplanung unbefriedigende Lösungen erzielte. Beispielsweise wurde das Recht auf Wohnraum in den Projekten des Massenwohnbaus lediglich durch den Verlust anderer Qualitäten erfüllt (Gebhardt/Holm 2011: 7–8). Zu diesem Verlust der Qualitäten vor diesem Hintergrund zählt die Stadt als offener Raum des kulturellen Austausches und der Kommunikation sowie das Recht auf den Zugang zu den Möglichkeiten und Chancen einer Stadt (Lefebvre 1973: 108). Weiters versteht Lefebvre unter dem ‚Recht auf Stadt‘ eine kollektive Wiederaneignung des öffentlichen Raumes, welche zu einem veränderten,

¹ Erwähnenswert sind hierbei Arbeiten zur postpolitischen Stadt (Swyngedouw 2007), die theoretisch auf dem Begriff des Postpolitischen (eingeführt von Slavoj Žižek unter Berufung auf Jaques Rancière) beruhen. Die Abgrenzung erfolgt aus der erwähnten konflikthafte raumtheoretischen Begründung sowie aus dem schlichten Grund, dass diese den Inhalt des Artikels sprengen würden. Die Ansätze eint die Kritik an der Neoliberalisierung der Stadt, in der das Politische ausgeschlossen wurde, in dem der „Glaube an Marktkräfte und Wettbewerb [...] in den Diskursen der neoliberalen Stadt so dominant geworden [ist], dass stadtpolitische Entscheidungen nur noch innerhalb des mit einer solchen Absolut-Setzung geschaffenen Raumes vorstellbar sind“ (Roskamm 2017: 11).

urbanen Leben führen soll und am Gebrauchswert² der Stadt orientiert ist und nicht am Gewinn oder Tauschwert³ (Ebd.).

„Das Recht auf die Stadt umfasst das Recht auf Zentralität, also den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens; und das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht.“ (Gebhardt/Holm 2011: 8).

Das ‚Recht auf Stadt‘ umfasst somit vielfältige (An-)Forderungen und Ansprüche, sieht aber ‚Stadt‘ als Ort des Zusammentreffens und der Auseinandersetzung. Somit wird eine antagonistische Dimension von Beginn an impliziert.⁴ Das Recht bezieht sich auf Stadt als physische Form, geht aber darüber hinaus und bezieht auch die sozialen Verhältnisse sowie Praktiken mit ein, welche mit dem städtischen Gefüge in einem Wechselverhältnis stehen. Der städtische Raum wird nicht als etwas Abgetrenntes betrachtet, sondern der Zugang zu politischen und strategischen Debatten über die Entwicklung der Stadt wird mit einbezogen. Die Forderung ‚Recht auf Stadt‘ orientiert sich an utopischen Versprechungen des ‚Städtischen‘ und reklamiert dabei ein Recht auf die produzierten Überschüsse des Urbanen für die Bewohner*innen (Gebhardt/Holm 2011: 8).

Lefebvres Konzepte und Analysen stammen Großteils aus den 1970er und 80er Jahren. Nachdem sich der Kapitalismus seitdem stark gewandelt hat, werden im Folgenden Analysen des marxistischen Geographen David Harvey vorgestellt, da dieser explizit auf die Vereinnahmung von Urbanisierungsprozessen durch den Neoliberalismus im Zeitalter des Finanzkapitalismus eingeht. Historisch betrachtet sind Stadtplanungsprozesse einer kapitalistischen Logik unterworfen, da diese

2 Gebrauchswert wird in einem marxistischen Verständnis als die Nützlichkeit einer Sache verstanden und verwirklicht sich nur in seiner Konsumtion (Marx 1962: 50).

3 Der Tauschwert einer Sache erscheint als quantitatives Verhältnis, als Proportion, worin Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art ausgetauscht werden. Der Tauschwert steht immer in einem Verhältnis mit einer anderen Sache, das beständig mit Ort und Zeit wechseln kann. Daher ist dieser Tauschwert etwas Zufälliges und Relatives und nicht der Ware immanent (Marx 1962: 50–51).

4 Auch bei Marx und Engels ist die Stadt bereits Ort des Kampfes und der Auseinandersetzung (diese zeichnet sich durch einen unüberbrückbaren Stadt-Land-Gegensatz aus). Zudem ist die Stadt einer Lefebvre-Rezeption folgend der Ort, an dem der Klassenkampf entsteht (1975: 115).

seit Beginn durch die geografische und gesellschaftliche Konzentration von Mehrprodukten entstanden sind. Die Logik im Kapitalismus ist das Streben nach Profitakkumulation (Mehrwert); um diesen zu erzeugen, müssen Kapitalist*innen zunächst ein Mehrprodukt erzeugen, welches für die Urbanisierung benötigt wird. Das Gleiche gilt auch in umgekehrter Richtung: Der Kapitalismus ist auf Urbanisierung angewiesen, um das Mehrprodukt zu absorbieren, welches erzeugt wird. Aufgrund dessen entsteht ein innerer Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Urbanisierung (Harvey 2016: 29–30). Bis zur Finanzkrise 2008 galt der Immobilienmarkt als Stabilisator der Wirtschaft, welcher davor durch Immobilienbooms und eine kapitalistische Logik angetrieben wurde. Besonders durch die weltweite Integration der Finanzmärkte veränderte sich der Immobilienmarkt und es wurden neue Finanzinstitutionen- und -regelungen geschaffen. Stadtplanungsprozesse sind aktuell einer kapitalistischen Logik unterworfen,⁵ was durch die weltweite Integration der Finanzmärkte und finanzkapitalistischer Interessen verdeutlicht wird (Ebd. 39–43). Harvey stellt das kollektive ‚Recht auf Stadt‘ in Anlehnung an Lefebvre vor. Inhaltlich bedeutet dies mehr als ein individualistisches Zugriffsrecht auf die Ressourcen einer Stadt, es ist das *kollektive* Recht, die Stadt nach eigenen Wünschen zu verändern und neu zu erfinden. Die Einforderung dessen ist untrennbar mit einer Kritik an Machtverhältnissen in Urbanisierungsprozessen verbunden, da diese Letztere bestimmen und ein wesentliches Momentum in der Stadtplanung darstellen (Ebd. 27–28).

In Lefebvres Ansatz können bereits Schnittpunkte zum Ansatz der radikalen Demokratie identifiziert werden. Beide Ansätze stehen auf einem ähnlichen theoretischen Fundament. Lefebvres Denken ist von den ontologischen Schlüsselementen der radikalen Negativität und des Momentums des permanenten Scheiterns geprägt. Die Totalität, welche niemals erreicht werden kann, ist notwendig, um einen theoretischen Referenzpunkt zu geben. Nur durch Betrachtung des Gesamten können politische Forderungen einzelner Gruppierungen artikuliert werden, ohne diese Gesamtheit würden politische Forderungen in Partikularinteressen zerfallen (Roskamm 2021: 82–85).

5 Harvey führt den Begriff der „unternehmerischen Stadt“ (1989) ein und beschreibt die Rolle der Politik von einem Verwaltungsorgan zu einer Einrichtung, welche zunehmend unternehmerisch agiert, um den Standort für Unternehmen attraktiv zu machen (5).

In seinem Konzept vertieft Lefebvre seine Vorstellungen zu radikaler Politik und wendet sich gegen herrschende liberaldemokratische Vorstellungen in Bezug auf Eigentum und Bürger*innenrechte. Erst durch die kollektive Artikulation von Forderungen manifestieren sich diese in Form von Rechten und stellen das Resultat sozialer Kämpfe dar (Purcell 2014: 146).

Die Hamburger Protestbewegung RAS verwendet Lefebvres Konzept – zumindest namentlich – als Basis ihrer Bewegung, wobei sich das Konzept selbst durch Uneindeutigkeit und Anschlussfähigkeit auszeichnet. Dies ermöglicht es, in weiterer Folge unterschiedliche Initiativen und Aktivist*innen in die Bewegung zu integrieren.

Inhaltlich beruft sich die Bewegung in ihrem Protest auf zahlreiche Elemente der radikalen Demokratie und formuliert diese Punkte aus. Um diesen Protest demokratiethoretisch zu erfassen, ist es unerlässlich, seine genuin politische Dimension zu bestimmen (Volk 2014: 138). Dafür wird Chantal Mouffes antagonistische Dimension des Politischen genutzt (Mouffe 2016a)⁶. Ohne eine Anerkennung der Protestdimension kann dies zu einer Entpolitisierung von Demokratie führen (Volk 2014: 138), unter anderem wird deswegen die konflikthafte Politisierung von Demokratie in diesem Artikel diskutiert.

Die RAS-Proteste in Hamburg können als radikaldemokratische Akte des zivilen Ungehorsams eingestuft werden, die versuchen, die liberale Demokratie zu demokratisieren und zu repolitisieren. Durch das Protestnetzwerk wird eine neoliberale Grundordnung der Stadtpolitik infrage gestellt und mit einer fundamentalen Kapitalismuskritik kombiniert, mit dem Ziel, eine tiefgreifende politische Veränderung und eine alternative Lebensweise zu verwirklichen (Volk 2014: 137–138). Hierbei finden sich Anknüpfungspunkte an das Konzept der Autogestion, also die Ausdehnung der Selbstverwaltung auf die Stadtpolitik durch kollektive Partizipation und Mitbestimmung. Die politische Dimension des Protests kann als kollektiver Akt des

⁶ Rancières Konzepte werden, ähnlich wie Mouffes, oftmals als Kritik an der neoliberalen Konzeption von Stadt genutzt. Rancière führt die Unterscheidung Politik und Polizei ein, wobei der Polizeibegriff in der Stadt in Form der polizeilichen Ordnung stärker auf Macht- und Herrschaftsstrukturen und die „Aufteilung des Sinnlichen“ (2006) Bezug nimmt. Also eine Ordnung, die in erster Instanz festlegt, wer überhaupt partizipieren darf. Im vorliegenden Artikel liegt der Fokus jedoch auf Antagonismen, daher werde ich einen stärkeren Bezug zu Mouffe herstellen.

politischen Widerspruchs begründet werden, welcher im öffentlichen Raum stattfindet und an die Öffentlichkeit gerichtet ist (Volk 2014: 138–139).

Hegemonie und radikale Demokratie

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe haben in ihrem Werk *Hegemonie und radikale Demokratie* (1991) den Versuch unternommen, dem Mangel einer Theorie des Politischen – als Leerstelle – im Bereich linker marxistischer Theoriebildung entgegenzuwirken.

Ihre Arbeiten waren eng verbunden mit dem Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen sowie der immer stärker in den Vordergrund tretenden Identitätspolitik. Sie sind bemüht, die zwei sozialen Phänomene theoretisch zu verstehen. Ausgehend davon schlagen sie in ihrem Werk die Möglichkeit für ein neues linkes politisches Projekt vor, nämlich das einer radikalen Demokratie, in dem die neuen Protestformen miteinander verbunden werden können (Ebd. 4).

Für das Konzept der radikalen Demokratie ist das Primat des Politischen grundlegend, weswegen mit einer Erläuterung dieses Begriffes begonnen wird. Davon ausgehend werden die Begriffe Hegemonie und Antagonismus bzw. Agonismus dargestellt. Diese Konzeptionen sind auch für die Anwendung der Diskursanalyse von Bedeutung, da sie genutzt werden, um die Formation des Diskurses zu analysieren.

Das Politische

Soziale Verhältnisse sind nach Laclau und Mouffe von Kontingenz⁷ und von Machtverhältnissen durchzogen und verweisen auf prekäre Formen jeglicher Objektivität. Des Weiteren richten sie sich gegen die Annahme, dass eine ‚freie‘ Gesellschaft auch ‚frei‘ von Machtverhältnissen wäre. Somit entsteht ein Widerspruch zum deliberativen Demokratiemodell von Habermas. In dessen Modell der politischen Öffentlichkeit haben alle Individuen die gleiche Möglichkeit, am Diskurs teilzunehmen, es siegt „der zwanglose Zwang des besseren Arguments“. Eine Vorstellung, gegen die sich Laclau und Mouffe klar aussprechen; soziale Verhältnisse zeichnen sich nämlich durch eine Vorrangstellung des Politischen

⁷ *Kontingenz* ist das, was auch nicht sein könnte oder anders sein könnte – dies beinhaltet die Möglichkeit von Alternativen und spricht sich gegen Letztbegründungen innerhalb der Gesellschaft aus (Marchart 2018).

über das Gesellschaftliche aus. Die vorgenommene Umkehrung wird damit begründet, das Moment des Antagonismus, in dem schlussendlich jeder prekäre Charakter der Objektivität und der konstitutive Charakter von Machtverhältnissen erscheint, als Feld des Politischen darzustellen. In Unterscheidung zum Sozialen als Feld sedimentierter Formen von Objektivität, wobei die Sedimentierung ihre anfängliche Instituierung durch Machtverhältnisse verbirgt, ist das Politische das Moment der Wiederentdeckung der kontingenten Natur dieser Objektivität. Gesellschaftliche Verhältnisse werden aufgrund dessen gerade durch die Unterscheidung zwischen dem Sozialen und dem Politischen gebildet (Ebd. 19). Laclau und Mouffe grenzen sich von einer Betrachtung des Politischen als Ort der öffentlichen Diskussion im Sinne Hannah Arendts stark ab. Das Politische wird als Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus verstanden, wobei die antagonistische Dimension konstitutiv für die menschliche Gesellschaft ist (Mouffe 2016a: 16).

Die Betrachtung des Politischen als Ort von Konflikt und Macht kann durch die Metapher der Stadt als Ort produktiv genutzt werden, da an diesem Ort Konflikte ausgetragen werden und Protestformen gegen etablierte Ordnungen entstehen. Dies betrifft insbesondere Proteste, welche den öffentlichen Raum der Stadt verändern. In der Stadt selbst finden Machtkämpfe verschiedener Partikularinteressen statt, welche zu einem Aufbrechen sedimentierter Praxen führen können.

Antagonismus

Chantal Mouffe bezieht sich in ihrer Konfrontation mit liberalen Grundannahmen auf Carl Schmitts Werk *Der Begriff des Politischen*. Die Person Carl Schmitt ist durch ihre Affinität zum Nationalsozialismus problematisch, jedoch bietet Schmitts staatstheoretisches Werk wichtige Anknüpfungspunkte für zeitgenössische politische Theorien. Nach Schmitt ist die ‚differentia specifica‘ des Politischen die Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Im Politischen entsteht die Bildung eines ‚Sie‘, welches sich vom ‚Wir‘ unterscheidet, somit ist das Politische immer um kollektive Formen der Identität bemüht (Schmitt: 1933).

Diese Unterscheidung ist für die nachfolgende Diskursanalyse fruchtbar, da diese Feindschaft mithilfe der Kontraritätsstrukturen abgebildet wird. Die hinter den Kontraritätsstrukturen liegende Systematik basiert auf dem antagonistischen Grundgedanken, welcher in diesem Kapitel bearbeitet wird.

Die Abbildung der Kontraritätsstruktur muss nicht zwangsläufig der binären Freund/Feind-Logik folgen, jedoch kann festgehalten werden, dass jeder politische Diskurs aus einer diskursanalytischen Perspektive immer auf einem Terrain existiert, welches von Antagonismen durchkreuzt wird (Marchart 2013: 171).

Das Politische hängt mit Konflikt und Antagonismus zusammen und ist daher eine Sphäre der Entscheidung im Gegensatz zu einer Sphäre der freien Diskussion. Nach Schmitt lässt sich das Politische „nur durch Bezugnahme auf die reale Möglichkeit der Freund- und Feindgruppierungen begreifen, gleichgültig, was für die konfessionelle, moralische, ästhetische, ökonomische Bewertung des Politischen daraus folgt“ (Schmitt 1933: 18). Mouffe trennt sich an dem Punkt von Schmitt, an dem dieser darauf beharrt, dass innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft kein Platz für Pluralismus wäre. Henry Statens entwickelte den Ausdruck des „konstitutiven Außerhalb“, um die Konstituierung von Identität zu veranschaulichen; darauf greifen Laclau und Mouffe zurück.

Dieser Begriff soll die notwendige Festsetzung einer Differenz aufzeigen, welche zur Bildung einer Identität gehört, wobei diese Differenz meist auf Grundlage einer Hierarchie konstruiert wird. Jede Identität ist daher relational und erfordert den Nachweis einer Differenz, die Wahrnehmung von etwas ‚anderem‘, welches das Außerhalb konstruiert (Staten 1985). Auf dem Feld der kollektiven Identitäten kann ein ‚Wir‘ nur geschaffen werden, wenn ein ‚Sie‘ umrissen wird. Dabei muss die Beziehung nicht notwendigerweise eine antagonistische Freund-Feind-Beziehung sein, wobei jede Wir-Sie-Beziehung unter bestimmten Umständen immer eine antagonistische werden kann. Mit Betonung auf kann, denn an diesem Punkt trennt sich Mouffe von Schmitt, der die Möglichkeit eines demokratischen Pluralismus ausschließt und den Begriff des Agonismus einführt. Dieser stellt eine Wir-Sie-Beziehung dar, bei der konflikthafte Parteien die Legitimität des Gegners anerkennen, auch wenn sie einsehen, dass es keine *rationale* Lösung für den Konflikt gibt. Der Feind wurde in einen Gegner transformiert, Mouffe folgend stellt dies eine der Hauptaufgaben der Demokratie dar und eröffnet Raum für einen demokratischen Pluralismus (Mouffe 2016a: 24–30).

Der Begriff des Antagonismus ist grundlegend für die folgende Diskursanalyse, da die Artikulation von Protest entlang dieser Schemata verläuft. Forderungen werden erst in Abgrenzung zu einem konstitutiven Außerhalb artikuliert und tragen zur Überwindung

des Mangels bei. Die Identität der Diskurselemente ist relational und benötigt den Nachweis einer Differenz, welche das feindliche Außerhalb konstituiert (Mouffe/Laclau 1991: 26–27).

Neben dem bereits ausführlich dargestellten Begriff des ‚Antagonismus‘ erfolgt im nächsten Unterkapitel eine Erläuterung des Begriffes der ‚Hegemonie‘, da diese den Fokus auf die hegemoniale Formation sozialer Kämpfe legt und diese Sichtweise in der diskursanalytischen Hegemonietheorie dominiert (Marchart 2013: 128).

Hegemonie

Antagonismus und Hegemonie sind notwendige Begriffe, um das Wesen des Politischen vollständig erfassen zu können. Beide verweisen auf die existierende Dimension der radikalen Negativität, welche sich in der allgegenwärtigen Möglichkeit des Antagonismus manifestiert (Mouffe 2016b: 21). Für Laclau und Mouffe ist der Hegemoniebegriff Gramscis von zentraler Bedeutung. Hegemonie strukturiert in einer ordnenden Funktion die sozialen Beziehungen der Produktion, besonders zwischen verschiedenen Klassen und zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Gramsci führt aus: „[t]he ‚normal‘ exercise of hegemony [...] is characterized by the combination of force and consent, which balance each other reciprocally, without force predominating excessively over consent“ (1971: 80, Fn 49). Die herrschende Klasse muss daher die Möglichkeit einer Konsensbildung anbieten, um die eigenen Interessen mit jenen der untergeordneten Klasse besser abstimmen zu können, Herrschaft muss daher alle Teile einer Gesellschaft miteinschließen (181). Die verschiedenen Klassen koordinieren nach Gramsci ihre Interessen insbesondere auf Ebene der Ideen (366). Dabei kann eine Querverbindung zum Bereich der Stadtplanung gezogen werden, wo der Einzug der neoliberalen Stadtplanung hegemonial geworden ist. Diese zeichnet sich durch eine zunehmende Betrachtung des Stadtraumes als Investitionsmöglichkeit aus. Fremdfinanzierung und Public Private Partnerships sind ein wesentliches Merkmal der neoliberalen Stadtplanung geworden. Die dahinter liegende Idee im Sinne Gramscis ist es, Stadtraum als Investitionsstandort für Kapital zu betrachten. Dies geschieht vor der Maxime der Profitmaximierung.

Eine hegemoniale Ordnung ist niemals fixiert, sondern immer umstritten, dynamisch und umkämpft. Somit können bestimmte Ideen zwar dominant sein,

allerdings besteht jederzeit die Möglichkeit für Widerstand gegen die und Veränderung der dominanten Ideen, welche meist durch die herrschende Klasse vertreten werden (Glaab 2016: 240). Genau dies zeigt die Hamburger Protestbewegung. Sie fordert und tritt für ein ‚Recht auf Stadt‘ ein, das im Widerspruch zur dominanten Idee von Stadt steht, die von Profitinteressen bestimmt wird.

Laclau und Mouffe weisen, im Anschluss an Gramsci, auf die hegemoniale Natur jeder gesellschaftlichen Ordnung hin – somit muss Gesellschaft als Produkt verschiedener Praktiken anerkannt werden, welche darauf abzielen, in einem Umfeld der Kontingenz eine Ordnung zu schaffen. Unter hegemonialen Praktiken werden Praktiken der Artikulation verstanden, die eine gegebene Ordnung schaffen und Bedeutung von gesellschaftlichen Institutionen festlegen. Dadurch ist jede Ordnung eine zeitlich begrenzte und gefährdete Artikulation kontingenter Praktiken. Dinge könnten immer auch anders sein, und jede Ordnung basiert auf Ausschlüssen. Temporäre Ordnungen sind immer auch Ausdruck von Machtverhältnissen, die Akzeptanz einer ‚natürlichen‘ Ordnung ist immer das Produkt sedimentärer hegemonialer Praktiken und nicht die Manifestierung einer tieferen Objektivität. „Jede Ordnung kann daher durch antihegemoniale Praktiken infrage gestellt werden, die versuchen, sie zu re-artikulieren und eine andere Form der Hegemonie zu installieren“ (Mouffe 2016b: 22). Mithilfe der hegemonietheoretischen Diskursanalyse kann nun untersucht werden, wie (gegen-)hegemoniale Formationen durch soziale Kämpfe formuliert werden. In diesem Falle hinterfragt die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung mithilfe gegenhegemonialer Praktiken die herrschende neoliberale Vorstellung von Stadtplanung und versucht, eine andere Form von Hegemonie zu installieren.

Methodische Grundlagen der Diskursanalyse

Die theoretische Grundlage des Diskursanalysemodells der Essex School bildet das Werk „Hegemonie und radikale Demokratie“ (1991), dessen Hauptinhalt bereits skizziert wurde. Durch Einbeziehung neuer theoretischer Modelle wie dem Modell der Diskursanalyse von Michel Foucault, dem strukturalistischen Zeichenmodell von Ferdinand de Saussure, der Hegemonietheorie von Antonio Gramsci und Elementen des Modells der Psychoanalyse von Jaques Lacan wird die marxistische Theoriebildung weiterentwickelt.

Im hegemonietheoretischen Diskursanalysemodell schließen Laclau und Mouffe in ihrem Diskursverständnis besonders an den strukturalistischen Sprachwissenschaftler Ferdinand de Saussure an. Dieser unterscheidet zwischen dem ‚Signifikat‘ (das Bezeichnete) und dem ‚Signifikant‘ (das Bezeichnende). Diese beiden Ausdrücke heben den Gegensatz hervor, welcher sie voneinander trennt, sowie dem Ganzen, zu dem sie gehören. „Das sprachliche Zeichen vereinigt in sich nicht einen Namen und eine Sache, sondern eine Vorstellung und ein Lautbild“ (Saussure 2001: 77). Die beiden Bestandteile sind eng miteinander verwoben und entsprechen einander, die Beschreibung (als Lautbild) erscheint nur innerhalb der Sprache geltenden Zuordnung sinnhaft. Die Verbindung der Vorstellung mit dem Lautbild nennt Saussure das Zeichen und verweist auf das Ganze, also die Vorstellung und das Lautbild als Bestandteile. Das Zeichen steht somit gemeinsam mit dem Signifikant und dem Signifikat in einer Verbindung, die sowohl im Zusammenhang als auch im Gegensatz zueinander steht (78). Ein Zeichen wird, wie allgemein im Strukturalismus, als die Differenz von Signifikant (Bezeichnendem) und Signifikat (Bezeichnetem) bestimmt (Stäheli/Hammer 2016: 72).

Die Bedeutung von sprachlichen Zeichen wird erst in ihrer Differenz zu anderen Zeichen begründet. Diskurse werden aus Artikulationen zusammengesetzt und diese können als Relationierungen von Elementen verstanden werden, welche erst im Zuge dessen zu sinnhaften, differenten Elementen werden (Laclau/Mouffe 1991: 105). Die soziale Wirklichkeit kann von diesem Standpunkt aus als diskursiv verstanden werden, nämlich als sinnhafte Wirklichkeit, in welcher sich die Bedeutung aller Elemente, welche als Sinnträger gelten, erst in Relation und in Differenz zu anderen Einheiten etabliert. Diskurse sind nicht auf die sprachliche Sphäre begrenzt. Der spezifische Sinn von Objekten, Subjekten, Zuständen oder Praktiken ergibt sich erst in einem sozialen Relationsgefüge, insofern sind diese diskursiv strukturiert. Da der Diskursbegriff nicht nur auf die sprachliche Ebene begrenzt ist, sondern auch den Begriff des Sozialen ersetzt, nehmen Laclau und Mouffe eine Gegenposition zu Theorien ein, welche zwischen einer sozial-strukturellen, einer materiellen und einer kulturellen diskursiven Ebene unterscheiden. Der Diskursbegriff bei Laclau und Mouffe erlaubt es, eine konstruktivistische Position einzunehmen. Dadurch kann das Soziale unter dem Gesichtspunkt der Sinnerzeugung und der Unmöglichkeit von Sinnfixierungen betrachtet werden, soziales

Geschehen muss daher als Sinniges analysiert werden (Stäheli/Hammer 2016: 68). Der Diskursbegriff von Laclau und Mouffe geht davon aus, dass „jede soziale Konfiguration sinnhaft“ ist (Laclau 1990: 101). Daher geht es nicht darum, sprachliche Aussagen über die Realität zu treffen, sondern um die Herstellung von Realität, indem Bedeutungen erzeugt werden. Diese Bedeutungen können nicht willkürlich erzeugt werden, sondern befinden sich immer inmitten diskursiver Differenzsysteme (Stäheli/Hammer, 2016: 69).

Laclau und Mouffe gehen unter dem dekonstruktivistischen Einfluss Jacques Derridas davon aus, dass Strukturen nicht notwendigerweise geschlossen und fixiert sind. Die Fixiertheit von Strukturen stellt jedoch eine Bedingung für die Etablierung objektiver Bedeutung der diskursiven Elemente dar (Nonhoff 2007: 9). Nachdem es innerhalb von Diskursen kein außerdiskursives Fundament geben kann, verfügt jeder Diskurs über ein ‚Außen‘ (Stäheli/Hammer 2016: 70). Durch die Identitätskonstruktion kann daraus geschlossen werden, dass echte Grenzen niemals neutral sind und auf Akten der Ausschließung basieren. Durch Akte der Ausschließung entsteht ein Außerhalb, was unmöglich das beinhalten kann, was sich innerhalb der Grenze befindet (Laclau 2002: 66–67).

Dem durch die antagonistische Grenzziehung Ausgeschlossenen kommt eine paradoxe Doppelfunktion zu. Es wird ausgeschlossen, weil seine Identität das System hinterfragt und daher beseitigt werden muss, aber andererseits wird dieses System erst durch den Akt der Ausschließung konstituiert. Das ‚Außen‘ erscheint daher als konstitutives ‚Außen‘, welches als notwendige Bedrohung des Systems erscheint (Nonhoff 2007: 10).

Der Begriff des negativen Außens nimmt im Diskursanalysemodell gemeinsam mit dem leeren Signifikanten eine wichtige Rolle ein; dieser wird nun erläutert.

Der Begriff des leeren Signifikanten

Mit dem Begriff des leeren Signifikanten wird eine neuartige Kategorie eingeführt, und zwar wird darunter ein Signifikant verstanden, der die Signifikantenkette ‚steppt‘. Dadurch wird die Fluidität der Signifikation vorübergehend angehalten und deren Bedeutung fixiert.⁸ Der Vorgang des ‚Steppens‘, also die Konst-

8 Das theoretische Konstrukt des Stepppunkts (*point de capiton* – teilweise auch als Knotenpunkte übersetzt) geht auf den Psychoanalytiker Jacques Lacan zurück. Einzelne

ruktion von Bedeutung auf dem Terrain des Sozialen, entsteht durch hegemoniale Prozesse der Artikulation (Marchart 2013: 140). „Die Praxis der Artikulation besteht deshalb in der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutung teilweise fixieren“ (Mouffle/Laclau 1991: 165). Deshalb fungiert der leere Signifikant als das verbindende Diskurselement im Prozess der Artikulation und muss von partikularen Bedeutungen entleert werden (Marchart 2013: 146). Durch die Entleerung ist die Bedeutung unbestimmt geworden, als Beispiele können Begriffe wie ‚Freiheit‘ oder ‚Nation‘ herangezogen werden, welche in politischen Diskursen zu Sammelpunkten widersprüchlichster Bedeutungen geworden sind. Sie nehmen daher „eine Platzhalterrolle ein, indem sie bezeichnen, was eigentlich nicht bezeichnet werden kann: die Identität des Diskurses“ (Stäheli/Hammer 2016: 72). Der leere Signifikant versucht durch eine Partikularität, die Universalität des Diskurses zu repräsentieren (Laclau 1996a: 53). Umso stärker ein Signifikant von seiner ursprünglichen Bedeutung entleert wurde, desto besser eignet er sich, um die Äquivalenz der unterschiedlichen diskursiven Momente zu symbolisieren.

Zur Bildung von Äquivalenzketten

Durch die Grenze des Diskurses wird ein konstitutiver Ausschluss bewirkt. Dieser führt zur Annahme, dass tatsächliche Grenzen immer auch antagonistische Grenzen sein müssen (Laclau 1996a: 37). Ein Antagonismus markiert den Pol der reinen Negativität, diesem gegenüber werden Äquivalenzketten aus differentiellen Elementen artikuliert (Marchart 2017: 58). Ein Diskurs besteht aus protagonistischen Äquivalenzketten, denen antagonistische Äquivalenzketten gegenübergestellt werden. Erstere werden auch als ‚positive‘ Ketten im Gegensatz zu den ‚negativen‘ Ketten bezeichnet. Die Äquivalenzkette wird durch den Prozess der Verbindung differentieller Elemente eines Diskurses konstituiert und durch den leeren Signifikanten zusammengehalten (160). Dieser repräsentiert die Kette als Ganzes, diese universelle Aufgabe erfordert jedoch, eine „weitgehende Entleerung von

Signifikanten haben die Wirkung einer Masse von verworrenen Bedeutungen zu ordnen (die Fluidität des Diskurses), so dass diese eine Bedeutung, einen Sinn bekommen. Deren Funktion ist es, den beständigen Verweis von Bedeutung auf Bedeutung vorübergehend zu stoppen, also Sinn für eine gewisse Zeit zu stabilisieren.

partikularen Inhalten (je umfassender die Kette, desto leerer der Signifikant“ (58). Der leere Signifikant übernimmt, wie bereits beschrieben, eine paradoxe Stellung, da er die Rolle eines gewöhnlichen partikularen Signifikanten aus der Äquivalenzkette übernimmt und andererseits die gesamte Einheit der Äquivalenzkette repräsentiert.

Um den Inhalt der Forderungen in der Diskursanalyse zusammenzufassen, braucht es einen Signifikanten, der zum ausgewählten Repräsentanten der Forderungen wird. In der protagonistischen Äquivalenzkette werden verschiedenste Forderungen vereinigt; diese Kette steht dem antagonistischen Außen gegenüber. Die Kohärenz des Bedeutungssystems wird durch die Übernahme einer universellen Repräsentationsfunktion durch ein partikulares Element des diskursiven Systems gewährleistet. Der hegemoniale Charakter dieses Elements entsteht durch die vollständige Entleerung seiner Bedeutung. Erst dadurch kann dieser die Repräsentationsfunktion des Systems übernehmen. „Diese Diskurslogik der Entleerung eines Signifikanten bildet gleichsam den Kern jeder hegemonialen Bewegung. Freilich ist kein Signifikant jemals vollständig entleert [...] sondern immer nur tendenziell“ (Marchart, 2017, S. 59). In einer Analyse wird vom Begriff des ‚leeren Signifikanten‘ gesprochen, wenn dieses Diskurselement die Repräsentationsfunktion der Kette übernommen hat (58–59).

Relationsstrukturen nach Marchart

Als Erweiterung des Minimalmodells schlägt Oliver Marchart (2013) drei weitere Kategorien vor: die Forderungsstruktur, die Subjektivierungsstruktur und die Kontraritätsstruktur. Das kartographische Übereinanderlegen dieser Kategorien wird dazu genutzt, die diskursive Identität einer Protestbewegung und ihre relationale Anordnung im politischen Raum zu skizzieren (171).

Die oben genannten Strukturen sind grundlegend für die hier durchgeführte Diskursanalyse. In Weiterentwicklung des Laclau'schen Ansatzes versteht Marchart unter einer Forderungsstruktur:

„die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische umkämpfte Konstellation von Forderungen, die in einem bestimmten Gewichtungsverhältnis zueinander stehen, durch eine bewegungseigene organische Theorie gestützt bzw. abgeglichen und schließlich von einer tendenziell leeren Forderung repräsentiert werden.“ (162)

Das Ziel der Forderungsstruktur ist, die durch Konflikte artikulierte Identität der Protestbewegung und ihre Verortung inmitten der Makroformation des politischen Raumes zu bestimmen. Diese Identität beruht auf einer Konstellation von Forderungen und ist instabil, da sie (internen und externen) Kämpfen unterliegt. Zudem wird die Forderungsstruktur von zahlreichen Antagonismen durchkreuzt und einzelne Forderungen können aus der Kette herausgelöst und transformiert werden (162–163).

Eine Subjektivierungsstruktur wird nach Marchart folgendermaßen definiert:

„die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typisch umkämpfte Konstellation von Subjektpositionen der protagonistischen Kette, die durch (Selbst- und Fremd-)Anrufungen imaginär vereinheitlicht wird und dazu tendiert, sich in einem Subjekt-„Namen“ zu verdichten“ (166).

Die Identität einer Bewegung setzt sich aus der Gesamtheit jener Subjektpositionen zusammen, wobei es ebenfalls Positionen gibt, welche über imaginäre Anrufungen in die Kette miteinbezogen werden (166–167). Zuletzt wird der Forderungsstruktur und der Subjektivierungsstruktur die Kontraritätsstruktur zur Seite gestellt und folgendermaßen definiert:

„die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische Konstellation der antagonistischen Korrelate protagonistischer Signifikanten (Forderungen, Subjektpositionen, Subjektamen etc.), die in die Position des verallgemeinerten Mangels einrücken oder als Hindernis auf dem Weg zur Überwindung desselben ausgemacht werden“ (170).

„Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg

Auseinandersetzungen bezüglich stadtpolitischer Entscheidungen werden in Hamburg seit mehr als vier Jahrzehnten geführt und hatten im Zuge der wirtschaftlichen Rezession zu Beginn der 1980er Jahre eine besondere Bedeutung. Seit den 1980ern zeichnen sich Hamburger Bewegungen besonders durch direkte Aktionen wie Besetzungen und Streiks aus. Diese Sozialproteste begannen bereits in der Frühphase der „unternehmerischen Stadt“ (Birke 2014: 83–84). Als Beispiele werden sowohl der Kampf um die Hafenstraße als auch die Besetzung der Roten Flora (ehemaliges Theater) Ende der 1980er Jahre genannt (Füllner/Templin 2011: 80). Diese Beispiele können als indirekte Vorläufer der Bewegung gezählt werden, da hier erstmalig Probleme wie Gentrifizierung und leistbares Wohnen

thematisiert wurden und sich Widerstand gegen neoliberale Stadtpolitik formierte. Im Zuge der Finanzkrise 2008 entwickelten sich stadtpolitische Proteste, welche sich dem Thema der Gentrifizierung widmeten. Dies ist dadurch erklärbar, dass durch den Wandel der Szene-Stadtteile das Thema der Gentrifizierung immer spürbarer wurde, infolgedessen bildeten sich erste Protestgruppen. Aus einer Vorbereitungsgruppe des Straßenfestes in St. Pauli bildete sich im Frühling 2008 ein Aktionsnetzwerk gegen Gentrifizierung mit dem Namen „Es regnet Kaviar“ (Füllner/Templin 2011: 80). Zur selben Zeit bildete sich ein autonomer Nachbarschaftstreff mit dem Ziel, einen Kontrapunkt zur Gentrifizierung darzustellen, dieser nannte sich „Centro Sociale“ (Ebd.). Im Jahr 2009 nahm Gentrifizierung in der Stadtpolitik sowie der öffentliche Diskurs darüber zu – es entwickelten sich neue Initiativen, um mit Investor*innen und städtischen Behörden Konflikte rund um neue Großprojekte, steigende Mieten und Grünflächen zu führen. Zeitgleich formierte sich ein neuer Zyklus städtischer Protestbewegungen, der gegen eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik protestierte. Ebenfalls 2009 wurde das ‚Recht-auf-Stadt‘-Netzwerk formell gegründet; dieses bestand aus zahlreichen stadtpolitischen Initiativen und ihren Vernetzungen. Viele der Initiativen konnten auf jahrelange, teilweise sogar jahrzehntelange Erfahrungen mit stadtpolitischen Auseinandersetzungen aufbauen (Birke 2010: 188). Zu diesen zählen beispielsweise ‚Mieter helfen Mietern‘ und das ‚Aktionsnetzwerk gegen Gentrification – Es regnet Kaviar‘ (Rinn 2016: 159).

Ergebnisse der Diskursanalyse

Im letzten Abschnitt des Artikels werden die Ergebnisse der durchgeführten Diskursanalyse dargestellt, inklusive einer Visualisierung der Diskurselemente.⁹ Dabei wird mit den Subjekten begonnen, um im Weiteren die Forderungen der Bewegung darzustellen. Die Forderungen selbst sind Teil der protagonistischen Äquivalenzkette, welche in Abgrenzung zu Elementen der antagonistischen Äquivalenzkette entstehen. Diese werden durch den leeren Signifikanten zusammengehalten.

9 Der Artikel selbst stellt den gekürzten Teil meiner Masterarbeit „Stadtproteste als gegenhegemoniale Version in der neoliberalen Stadt“ (Kolb 2022) dar, die via Open Access aufrufbar ist und bei Interesse an einer detaillierteren Ausarbeitung gerne nachgelesen werden kann.

Subjektkategorien

In der Analyse wird mit den auftretenden Absender*innen innerhalb des Diskurses begonnen. Dazu zählen: Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn (HAD 2020) und der Sprecher*innenrat des ‚Recht auf Stadt‘-Netzwerks (GRAS 2020). Einzelne Personen treten nicht als Absender*innen innerhalb des Diskurses auf, sondern nur kollektive Gruppierungen. Insgesamt fällt bei der Analyse auf, dass weitere Absender*innen innerhalb des Diskurses selten sind. Dies kann auf die grundlegende Initiierung des Diskurses von der ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung zurückgeführt werden, welche als Initiator den Diskurs maßgeblich mitkonstruiert. Auffallend gleich zu Beginn ist besonders der Aufruf zum Housing Action Day 2020, „Kämpft mit uns und organisiert euch!“ (HAD, 2020). Hierbei wird ähnlich wie im Aufruf des Kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ (Marx/Engels 1945) ein imaginäres kollektives Subjekt angerufen. Durch den Aufruf zur Mobilisierung soll sich dieses selbst als Subjekt erkennen und dadurch seiner eigenen Handlungsfähigkeit bewusst werden. Der Aufruf im Sinne Althusser (1977) beinhaltet ebenfalls ein Momentum zur kollektiven Organisation und zum gemeinsamen Kampf, welcher in diesem Fall durch Protest ausgetragen wird. Auf Basis der Subjektivierung und Anerkennung der eigenen Agency sollen die angesprochenen Subjekte die Entscheidung treffen, den Aufruf zum Protest anzunehmen oder abzulehnen. Der Aufruf verdeutlicht den kämpferisch mobilisierenden Stil, welcher im gesamten Diskurs auftaucht, und lädt Subjekte ein, sich in eine Bewegungsallianz einzureihen.

Forderungskategorien

Anhand des Textkorpus wurden verschiedene Forderungen der Bewegung identifiziert und in weiterer Folge in Forderungskategorien unterteilt. Die Forderungen werden vor dem Hintergrund der hegemonialen neoliberalen Ausrichtung der Hamburger Stadtpolitik artikuliert. Die Forderungen reagieren auf eine Dislozierungserfahrung, die von der Bewegung diskursiv als Reaktion auf eine Mangelerfahrung artikuliert wird (Marchart 2013: 178). Als Signifikant des Mangels, dem die Forderungen entgegengestellt werden, stellt sich in diesem Fall der ‚verstädterte globalisierte Kapitalismus‘ dar, welcher sich durch den Fokus auf Gewinnmaximierung im Bereich der Stadtentwicklung

auszeichnet. Dies wiederum resultiert aus fehlender Teilhabe von Bürger*innen in der Stadtpolitik und einer ungerechten Wohnpolitik, von der besonders nicht-privilegierte Bevölkerungsschichten betroffen sind. Anhand der Forderungen entwickelt die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung ein programmatisches Profil, in der die artikulierten Forderungsstruktur als Antwort auf den Mangel-Signifikant präsentiert wird. Der Fokus der Forderungen liegt auf den partikularen Bedürfnissen der Bewegung mit dem Ziel, eine unmittelbare Veränderung der Wohnsituation herbeizuführen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Forderungen nach leistbaren Wohn- und Mietpreisen und Mitgestaltung im Bereich der Stadtplanung. Die Forderungen selbst konnten in folgende Kategorien unterteilt werden: politische, soziale, anti-kapitalistische, partizipativ-kollektive und radikaldemokratische.

Protagonistische Äquivalenzkette

Die Forderungen werden als Reaktion auf die Dislozierungserfahrung des verstädterten globalisierten Kapitalismus artikuliert. Mit dem Statement „Denn das Recht auf Stadt ist eine radikal andere Antwort auf diese Krise“ (RAS 2017) wird diskursiv eine Lösung für die aktuelle Krise des verstädterten globalen Kapitalismus artikuliert. Durch die Forderungen wird Kritik an herrschenden Verhältnissen geäußert und werden neue Perspektiven formuliert. Die Forderungen konstituieren die programmatische Grundstruktur der Bewegung und werden durch den leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ zusammengehalten. Anhand der Forderungen wird ein gegenhegemoniales Projekt entwickelt, das eine Alternative zur herrschenden Ordnung darstellt. Dieses wird durch folgende protagonistische Äquivalenzkette dargestellt.

Die hier veranschaulichte protagonistische Äquivalenzkette wird um den leeren Signifikanten Recht auf Stadt formiert.¹⁰ Unter diesem werden zahlreiche Forderungen artikuliert, die außerhalb dieses Diskurses nicht miteinander in Verbindung stehen. Durch den leeren Signifikanten wird die Fluidität der Signifikation angehalten und die Bedeutung vorübergehend fixiert. Die Forderungen selbst gehen über bloße Rechte in Bezug auf die Stadtplanung hinaus, da auch demokratiepolitische Forderungen hinsichtlich einer Vertiefung

¹⁰ Aus Gründen der Visualisierung wird die Kette um den leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ kreisförmig dargestellt.

Abbildung 1: Protagonistische Äquivalenzkette



Quelle: eigene Darstellung 2022

demokratischer Rechte artikuliert werden. Zusätzlich dazu wird das Element der fairen Löhne, welches dem Diskurs der Prekarisierung entstammt unter dem Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ sowie Elemente aus dem Ökologiediskurs gemeinsam artikuliert. Unter dem Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ befinden sich auch Forderungen aus dem anti-kapitalistischen Bereich, wie der neuen Vergesellschaftung und der Forderung nach einer kollektiven Selbstorganisation. Die Forderung hinsichtlich der gerechten Stadtplanung entspricht eher dem Signifikanten des RAS als bereits erwähnte diskursive Elemente, die unter dem Signifikanten vereint werden. Aus dem Bereich der Wohnpolitik besteht die Forderung nach leistbarem Wohnraum, wobei diese mit Wohnraum für Menschen gleichgesetzt werden.

Die artikulierten Forderungen werden als Antwort auf die Mangelerfahrung des „verstäderten globalisierten Kapitalismus“ (RAS 2017) formiert. Der Mangel Signifikant ist nötig, um die Dislozierungsphänomene abzudecken und die Position mehrerer Signifikanten (Mangelstruktur) zu vereinheitlichen. Der diskursiv definierte Antagonist in Form des „verstäderten globalisierten Kapitalismus“ dient der Vereinheitlichung anderer Mangelercheinungen innerhalb des Diskurses, ohne den die Mängel in anderen Diskursen als unzusammenhängend erscheinen würden.

Signifikant des Mangels

Der Großteil der auftauchenden Signifikanten innerhalb des negativen Außen im Diskurs ist der politischen und der ökonomischen Sphäre zuzurechnen.

Manche der Signifikanten treten innerhalb des Diskurses stärker hervor als andere. Zudem erfolgt eine starke Verknüpfung dieser innerhalb des Diskurses. Dies wird in der folgenden Analyse veranschaulicht.

Die folgenden Signifikanten werden unter dem konstruierten negativen Außen, welcher durch den Mangel Signifikant des „verstäderten globalisierten Kapitalismus“ (RAS 2017) repräsentiert wird, zusammengehalten. Dieser beinhaltet den „traurigen Status Quo der real existierenden Städte von heute“ (RAS 2017), die Mangelercheinung ist die Funktionsweise der zeitgenössischen Städte. Wobei innerhalb des Diskurses auch die kapitalistische Inwertsetzung von Ressourcen und von sozialen Beziehungen Teil davon ist. Die kapitalistische Inwertsetzung wird diskursiv mit dem Begriff der Prekarisierung und der Ungleichheit verknüpft. „Immer größere Teile der Bevölkerung sehen sich einer zunehmenden Prekarisierung ausgesetzt – während der Reichtum der Wenigen ungebremst wächst“ (RAS 2017). Durch die Formulierung „immer größere Teile der Bevölkerung“ werden diese automatisch einem Gegenüber, nämlich einem kleinen privilegierten Teil der Bevölkerung gegenübergestellt. Die kapitalistische Inwertsetzung als Teil der ökonomischen Sphäre wird innerhalb des Diskurses mit Begriffen aus der gesellschaftlichen Sphäre wie Prekarisierung und Ungleichheit verknüpft.

Teil der Prekarisierung innerhalb des Diskurses bilden auch Armut und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und betreffen Menschen „die gerade ihre Einkommensquelle verloren haben und deren Existenz bedroht wird“ (HAD 2020). Unter dem Element der Armut

Abbildung 2: Antagonistische Äquivalenzkette



Quelle: eigene Darstellung 2022

wird auch auf die Wohnungslosigkeit von Obdachlosen und Geflüchteten Bezug genommen, wobei das Leben auf der Straße oder in beengten Wohnsituationen artikuliert wird. Auswirkung dessen sind mangelhafte Hygienebedingungen und fehlende medizinische Versorgung. Das Phänomen der Wohnungslosigkeit wird innerhalb des Diskurses zwar mit Armut und prekären Beschäftigungsverhältnissen verknüpft, erscheint aber stärker im Kontext der aktuellen Wohnkrise auf.

Als stark auftretender Signifikant innerhalb des negativen Außen erscheinen neoliberale Prozesse der Stadt, gegen die bereits zahlreiche Forderungen positioniert worden sind. Zu diesen zählt einerseits die „Privatisierung der Krankenhäuser“ und die „Löhne für Pflegearbeit in Krankenhäusern“ (RAS 2020), welche unter dem breiteren Begriff der Privatisierung zusammengefasst werden können. Durch staatliche Sparpolitik wurde im Gesundheitsbereich jahrelang eingespart, eine Dynamik, die besonders im Zuge der Corona-Pandemie neu beleuchtet und kritisiert wurde.

Bei den Stadtplanungsprozessen werden besonders neoliberale Prozesse und Mechanismen in der Stadtentwicklung als Mangel signifikant artikuliert. „Neoliberale Stadtentwicklung“ wird hierbei mit „Gentrifizierung“ und „Repression“ (Üu/A, 2021) verknüpft. Gentrifizierung als stadtteilbezogener Aufwertungsprozess, welcher einen Kern der neoliberalen Stadtplanung als Strategie der Profitmaximierung darstellt, wird als Bestandteil der neoliberalen Stadtplanung artikuliert. Repression wird nicht näher erläutert, jedoch ist anzunehmen, dass sich diese auf Vorgänge von Exekutivorganen bei Demonstration, Besetzungen

etc. bezieht. Mit Prozessen der Gentrifizierung werden auch „Segregation und Unterdrückungsverhältnisse aller Art“ (RAS, 2017) bezeichnet, welche zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und Verdrängung führen.

Antagonistische Äquivalenzkette

Der politische Antagonist des „verstädterten globalisierten Kapitalismus“ (welcher innerhalb des Diskurses als negatives Außen auftritt) fungiert als Signifikant des Mangels und vereint die Elemente aus Abbildung 2 in einer antagonistischen Äquivalenzkette.

Anhand dieser Grafik wird die Formation der antagonistischen Äquivalenzkette um den Mangel Signifikanten des „verstädterten globalisierten Kapitalismus“ (Antagonistische Äquivalenzkette) dargestellt. Darunter fallen die antagonistischen Elemente „neoliberale Stadtentwicklung“, „Wohnpolitik“ und „Wohnkrise“. Aber auch das Element „Prekarisierung“, welches in der protagonistischen Äquivalenzkette der Forderung nach fairen Löhnen gegenübergestellt wird. Teil des negativen Außen ist ebenfalls die „kapitalistische Inwertsetzung“, wobei diese in engem Zusammenhang mit „Immobilienpekulationen“ und „Prozessen der Privatisierung“ steht. Der „Hamburger Senat“, welcher durch sein politisches Handeln neoliberale Stadtentwicklung fördert, ist ebenfalls ein Teil der antagonistischen Äquivalenzkette. Das antagonistische Element des „Rechtspopulismus“ wird ebenfalls durch den Mangel Signifikant „verstädterte globalisierter Kapitalismus“ zusammengefasst und durch diesen repräsentiert.

Der leere Signifikant

Innerhalb des Diskurses konnte die Forderung ‚Recht auf Stadt‘ als leerer Signifikant identifiziert werden, der die universelle Funktion übernimmt und unterschiedliche partikuläre Positionen vereinheitlicht. Er übernimmt einerseits die Rolle eines partikulären Signifikanten aus der Kette und repräsentiert gleichzeitig in seiner universellen Funktion sämtliche partikuläre Ansprüche.

Der Slogan ‚Recht auf Stadt‘ repräsentiert innerhalb des Diskurses eine Vielzahl von unterschiedlichen Forderungen und Ansprüchen. Zudem fungiert ‚Recht auf Stadt‘ als Versprechen „auf eine Welt, die sich Menschen jenseits von Nation, Geschlecht, Religion und Kapital aneignen und neu erfinden“ (RAS 2017). Der leere Signifikant steht auch für eine Neuerfindung der Welt jenseits jeglicher kapitalistischer Normierungen. Der Signifikant „Recht auf Stadt“ vereinigt sämtliche politische, ökonomische und soziale Forderungen innerhalb des Diskurses und generiert durch seine partikuläre Entleerung eine Anschlussfähigkeit für weitere Themenfelder.

Politische Forderungen wie bezahlbarer Wohnraum, die Ausweitung (radikal-)demokratischer Rechte (Teilhabe und Partizipation), kollektive Selbstorganisation, eine demokratische Stadtplanung werden unter dem leeren Signifikanten gemeinsam artikuliert. Der leere Signifikant repräsentiert ebenfalls anti-kapitalistische Forderungen, wie zum Beispiel die Forderung nach der Vergesellschaftung von Grund und Boden. Innerhalb dessen werden anti-kapitalistische Kämpfe wie Kämpfe gegen Privatisierungen und Kommerzialisierung von Raum mitgetragen und für die gesellschaftliche Aneignung von Raum, verbunden mit der Ausschließung des Marktes, gekämpft.

Zugleich werden soziale Forderungen wie die Anhebung der Löhne im Gesundheitsbereich, die Errichtung von Jugendzentren oder die Einrichtung einer Mietenpause für sechs Monate im Zuge der Corona-Pandemie artikuliert. Forderungen nach gleichen Zugängen zu Wohnen, Bildung, Einkommen und Gesundheitsversorgung werden geäußert, sowie die Forderung nach einer solidarischen Umverteilung von Vermögen in Deutschland. Das ‚Recht auf Stadt‘ ist „für alle Bewohner*innen – ob mit oder ohne Papiere“ (Üu/A 2021), die herrschende hegemoniale Unterscheidung zwischen Staatsbürger*innen, Nicht-Staatsbürger*innen und Personen ohne amtliche Papiere wird innerhalb des Diskurses aufgehoben.

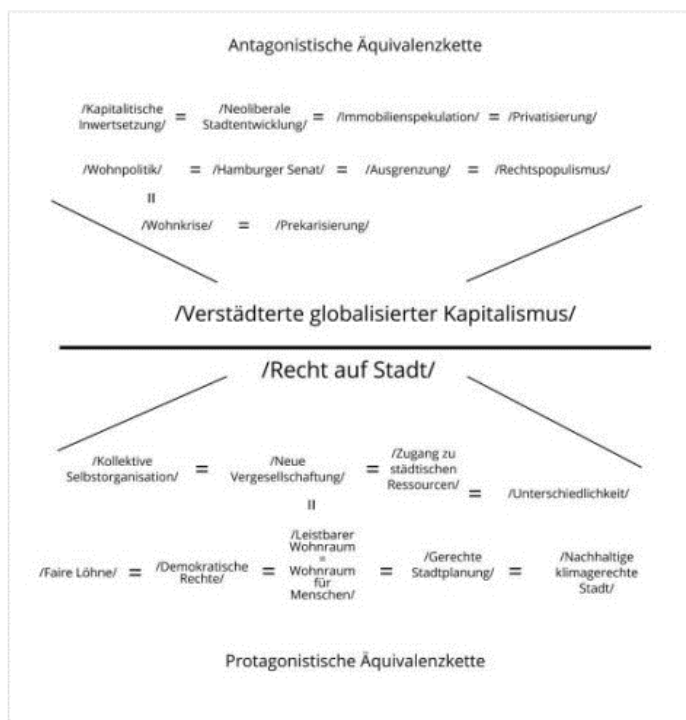
Denn das ‚Recht auf Stadt‘ steht auch „für Unterschiedlichkeit, Kosmopolitismus und Zentralität“ (RAS 2021). Besonders Städte zeichnen sich durch multikulturelle Gesellschaften aus. Mithilfe des leeren Signifikanten wird auch die globale Dimension der Stadtkämpfe für Wohnraum und Teilhabe, gegen Gentrifizierung, Segregation und Unterdrückungsverhältnisse artikuliert. Auch Forderungen nach einer radikaleren Demokratie wie eine stärkere Bürger*innenbeteiligung, Teilhabe und partizipative Elemente werden durch den leeren Signifikanten repräsentiert. Somit steht dieser auch für eine Vertiefung bereits bestehender demokratischer Prozesse.

Der leere Signifikant trägt auch mietrechtliche Forderungen wie den Stopp von Räumungsklagen sowie Moratorien für Zahlungen mit. Dazu gehört die Einführung eines Mietendeckels und ein Stopp von Mieterhöhungen. Der Slogan „Wohnen für Menschen“ (HAD 2020), der häufig im Diskurs auftaucht, und die partikuläre Forderung nach leistbarem Wohnen werden ebenfalls repräsentiert. Der Wunsch nach einer finanziellen Absicherung in Form von Solidarfonds und einem bedingungslosen Grundeinkommen taucht auf, denn Bürger*innen haben „das Recht auf eine Stadt, in der alle gut und sicher wohnen können“ (HAD 2020). Die Forderung nach leistbarem Wohnraum wird im Diskurs mit Forderungen nach ökonomischer und sozialer Sicherheit verknüpft und durch den leeren Signifikanten repräsentiert. ‚Recht auf Stadt‘ steht für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation insbesondere in Bezug auf kapitalistische Eigentumsverhältnisse, aber auch im Bereich der Stadtpolitik. Soziale Forderungen hinsichtlich ökonomischer Sicherheiten werden mit politischen Forderungen hinsichtlich radikalerer Mitbestimmung verknüpft und vom leeren Signifikanten repräsentiert.

Zuletzt wird auf die Dimension des Signifikanten aufmerksam gemacht, denn: „Das Recht auf Stadt ist unteilbar. Es gilt für alle.“ (RAS 2017) Die unteilbare Dimension des ‚Recht auf Stadt‘ zieht sich durch den gesamten Diskurs, durch fehlende Exklusion soll dieses für alle offenstehen. Die inklusive gesellschaftliche Komponente des ‚Recht auf Stadt‘ wird durchgehend betont, dieses Recht ist somit als gemeinschaftliches – für die gesamte Gesellschaft – geltendes Recht zu betrachten.

In dieser Grafik wird der gesamte Diskurs der ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung idealtypisch dargestellt. Am oberen Pol werden alle jene Signifikanten zusammengezogen, die der Verwirklichung des ‚Recht auf

Abbildung 3: Idealtypische Darstellung des Diskurses



Quelle: eigene Darstellung 2022

Stadt' entgegenstehen. Die negativen Elemente als Teil der antagonistischen Äquivalenzkette (ÄK) stehen im Widerspruch zum ‚Recht auf Stadt‘ und dienen dazu, den gesellschaftlichen Mangel, die Erfahrung der Krise zu repräsentieren. Zugleich schafft es die antagonistische ÄK vom Ort des ‚negativen Außen‘ die protagonistische Kette zu stabilisieren. Am entgegengesetzten Pol werden all jene Signifikanten zusammengezogen, welche im Diskurs positiv besetzte Elemente sind. Die artikulierten Elemente werden vom leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ repräsentiert. In der protagonistischen ÄK wurden Diskurselemente aus verschiedenen Bereichen (Wohnen, Ökologie, Demokratie etc.) in Abgrenzung zum Signifikanten des Mangels ‚verstädterter globalisierter Kapitalismus‘ miteinander verknüpft. Somit beinhaltet die Kette Elemente, welche außerhalb dieses Diskurses nicht miteinander in Verbindung stehen würden. Innerhalb des Diskurses wird der ‚verstädterte globalisierte Kapitalismus‘ als hegemoniale Formation dargestellt. In Abgrenzung zu diesem formieren sich die Elemente der protagonistischen Kette als gegenhegemoniales Projekt. Vereinheitlicht werden die Elemente der protagonistischen Kette durch den leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘. Durch die Repräsentationsfunktion entleert sich der Signifikant so weit, dass er seine Bedeutung verliert, zugleich

schafft er es, durch die Vereinheitlichung Bedeutung zu fixieren.

Ein gegenhegemoniales Projekt?

Die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung Hamburgs versteht sich als ein Netzwerk aus Hamburger Initiativen, die sich für eine neue demokratische Stadtplanung einsetzen, in deren Mittelpunkt leistbare Wohnpolitik und die Entkommerzialisierung des öffentlichen Raumes steht. Die Initiative setzt sich für das ‚Recht auf Stadt‘ für alle Bewohner*innen ein, ungeachtet des Aufenthaltsstatus von Personen. Im Anschluss an die Hegemoniekonzeption von Laclau und Mouffe kann die Transformation zur neoliberalen Stadt mittlerweile als etablierte hegemoniale Ordnung betrachtet werden. Jede hegemoniale Ordnung basiert auf Ausschlüssen anderer Möglichkeiten, dies kann am Beispiel der Public Private Partnerships verdeutlicht werden. Diese konnten sich durch die Annahme des TINA-Credo der Staaten durchsetzen. In der hegemonialen Ordnung ist eine eigenständige Finanzierung der Stadtentwicklung durch den Staat im Bereich der Stadtplanung ausgeschlossen, da diesem Finanzierungsmöglichkeiten fehlen. Durch diese Annahme wird die Agency des Öffentlichen beschnitten und an private Akteur*innen

abgegeben. Das ‚Recht auf Stadt‘-Netzwerk stellt in diesem Sinne eine Bewegung dar, welche durch anti-hegemoniale Praktiken (Mouffe 2016b) die aktuelle Ordnung infrage stellt, indem der Versuch unternommen wird, durch gegenhegemoniale Praktiken eine neue Form der Hegemonie zu installieren. Die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung grenzt sich durch die identitäre Ausrichtung ihrer Forderungen und Subjektivierungen stark von der hegemonialen neoliberalen Stadtplanung der Stadt Hamburg ab. Entlang der Äquivalenzkette entstehen Verknüpfungen und Anschlusspunkte für andere politische Felder. Das Ziel der Bewegung ist es, verschiedene stadtpolitische und demokratische Forderungen zu artikulieren und durchzusetzen. Thematisch sind diese um das Feld des leistbaren Wohnraums konstituiert und werden mit Forderungen nach einer gerechten Stadtplanung, der Ausweitung demokratischer Rechte, dem Zugang zu städtischen Ressourcen und einer umfassenden Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse verknüpft. Durch das Offenhalten von Äquivalenzketten entsteht eine Anschlussfähigkeit für andere Protestfelder. Ein Charakteristikum der Bewegung sind ihre anti-kapitalistischen und radikaldemokratischen Implikationen und die Forderung nach einer vertiefenden Demokratisierung im Bereich des Städtischen. Durch konzeptionelle Überlegungen im Bereich der Stadtplanung und der Bedeutungsproduktion von alltäglichen Praxen im Sinne Gramscis zielt das Netzwerk auf eine Demokratisierung der Demokratie ab. Die Bewohner*innen sollen durch ihre Agency an institutionalisierten Entscheidungsprozessen teilnehmen können, dies soll durch vertiefende Partizipation und die Ausweitung demokratischer Rechte ermöglicht werden.

Conclusio

Die diskursive Formation der ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung entsteht in Abgrenzung zu einem verstärkten globalisierten Kapitalismus und zur neoliberalen Stadtentwicklung. Der leere Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ des Diskurses repräsentiert sämtliche Forderungen, welche um die Bereiche Wohnpolitik, Stadtplanung und demokratische Rechte formiert werden. Die Forderungen werden entlang einer Äquivalenzkette in Abgrenzung zum Signifikanten des Mangels artikuliert. Durch die potenzielle Offenheit der Äquivalenzkette können in diese anti-kapitalistische, soziale und ökologische Forderungen eingereiht werden. Durch ihre identitäre Ausrichtung der Forderungen und der

Subjektivierungen grenzt sich die Bewegung stark von der hegemonialen Ausrichtung der Stadtentwicklung Hamburgs ab. Mit der Forderung ‚Recht auf Stadt‘ gelingt es, innerhalb des Diskurses einen hinreichend entleerten Signifikanten zu entwickeln, der die Fluidität vorübergehend anhält und dadurch Bedeutung fixiert. Der Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ zeichnet sich zum einem durch Nichteindeutigkeit und zum anderen durch Anschlussfähigkeit für andere Politikfelder aus. Die diskursive Produktivität des Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ könnte unmöglich ohne den verstärkten globalisierten Kapitalismus und die neoliberale Stadtentwicklung existieren.

Der Kern des Diskurses findet sich im Slogan „Wohnen für Menschen, statt für Profite!“ (HAD 2020) verdichtet wieder und bringt damit die Kontraritätsstruktur des Diskurses auf den Punkt. In Abgrenzung zur Logik der Profitmaximierung im Bereich des Wohnens wird die Forderung nach leistbarem Wohnraum diskursiv artikuliert. Entlang dieses Claims werden die Forderungen nach einer gerechten Stadtplanung, einer kollektiven Selbstorganisation, dem Zugang zu städtischen Ressourcen und dem Recht auf Unterschiedlichkeit und faire Löhne in die protagonistische Äquivalenzkette eingereiht, die vom leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ zusammengehalten werden.

Folgende radikaldemokratische Elemente konnten innerhalb des Diskurses, welche einen Ausweg aus der aktuellen Krise des globalisierten Kapitalismus bieten sollen, identifiziert werden. Durch den Appell „Wir machen die Stadt selbst“ (RAS 2017) wird nicht nach der Rückgabe der Agency gefragt, sondern diese ergriffen. Die Handlungsmacht liegt demnach innerhalb des Populus, um die Planung der Stadt den Bewohner*innen selbst zu überlassen. Durch kollektive Selbstorganisation wird an die Handlungsmacht der Bewohner*innen appelliert, die der Vielen innerhalb des demokratischen Rahmens. Diese Forderung zielt auf eine Ausweitung demokratischer Rechte ab, welche durch Auseinandersetzungen erkämpft werden muss. Das Konfliktpotential des Politischen wird anerkannt und ausgetragen, indem zum Widerstand gegen bestehende Verhältnisse aufgerufen wird. Durch den Ausruf „Kämpft mit uns und organisiert euch!“ (HAD 2020) wird ein kollektives Subjekt angerufen. Aktive Partizipation und Beteiligung steht im Mittelpunkt des Stadtplanungsprozesses der Bewegung, um die Stadt an die Bedürfnisse der Bewohner*innen anzupassen. Innerhalb des Diskurses steht das Gemeinsame, also die Forderung hinsichtlich einer ‚Stadt für alle‘ im

Vordergrund, um Exklusionsmechanismen entgegenzuwirken.

Hinsichtlich einer Praxisimplikation weisen die Ergebnisse (als Gegenentwurf) auf eine Loslösung von Wohnraum aus einer kapitalistischen Sphäre hin. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, eine Mietpreisbremse oder Mietpreisdeckel einzuführen sowie eine Mietobergrenze für Personen mit weniger Einkommen zu schaffen. Um Wohnraumknappheit entgegenzuwirken, kann gegen Leerstand mittels einer Leerstandsabgabe vorgegangen werden oder die Vermietung durch Airbnb untersagt werden. Für mehr Mitbestimmung in der Stadt können Partizipationsprojekte angestrebt werden, in denen ausgearbeitete Projekte von Stadtbewohner*innen, welche auf eine Gemeinwohlorientierung abzielen, finanziell gefördert werden.

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg/Berlin: VSA.
- Amenda, Lars (2020): *Marke Hamburg. Geschichte der Werbung für die Stadt*. Hamburg: Junius Verlag.
- Birke, Peter (2010): *Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg*. In: *Sozial. Geschichte Online*. Heft 3, S. 148–191.
- Birke, Peter (2014): *Sozialproteste im unternehmerischen Hamburg. Notizen zu ihrer Geschichte*. In: *Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (2014): Stadt und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 83–97.
- Gebhardt, Dirk/Holm, Andrej (2011): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA.
- Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (2014): *Stadt und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Glaab, Katharina (2016): *V wie Vendetta und G wie Gramsci. Hegemonie und common sense*. In: *Hamenstädt, Ulrich (Hrsg.): Politische Theorie im Film*. Wiesbaden: Springer Verlag, S. 237–253.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the prison notebooks*. New York: International Publishers.
- Harvey, David (1989): *From Managerialism to Entrepreneurialism – The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism*. In *Geografiska Annaler B 71*, S. 3–17.
- Harvey, David (2016): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections of the Revolution of Our Time*. London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2002): *Emanzipation und Differenz*. Wien: Verlag Turia + Kant.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie*. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag.
- Lahusen, Christian (2012): *Soziale Bewegungen*. In: *Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Wiesbaden: Springer VS, S. 717–729.
- Lefebvre, Henri (1973): *Le droit à la ville*. In: *Lefebvre, Henri (Hrsg.): Le Droit à la ville suivi de Espace et politique*. Paris: Anthropos.
- Lefebvre, Henri (1975): *Die Stadt im marxistischen Denken*. Ravensburg.
- Marchart, Oliver (2013): *Die Prekarisierungsgesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Marchart, Oliver (2017): *Die Diskursanalyse der Essex School. Modell und Methode*. In: *Marchart, Oliver (Hrsg.): Ordnungen des Politischen. Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus (Staat – Souveränität – Nation)*, Wiesbaden: Springer VS, S. 57–79.
- Marchart, Oliver (2018): *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1945): *Das kommunistische Manifest*. Wien: Sozialistischer Verlag.
- Mouffe, Chantal (2016a): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mouffe, Chantal (2016b): *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Nonhoff, Martin (2007): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: Transcript.
- Purcell, Mark (2014): *Possible Worlds: Henri Lefebvre and the Right to the City*. In: *Journal of Urban Affairs 36:1*, S. 141–154.
- Rancières, J. (2006): *Die Aufteilung des Sinnlichen Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*. Berlin: b_books.
- Rinn, Moritz (2016): *Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Roskamm, Nikolai (2017): *Die unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Saussure, Ferdinand (2001): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Stäheli, Urs/Hammer, Stefanie (2016): *Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. In: *Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart III. Eine Einführung*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 63–98.



Staten, Henry (1985): Wittgenstein and Derrida. Lincoln: University of Nebraska Press.

Stuart, Hall (1988): The hard road to renewal: Thatcherism and the crisis of the left. London: Verso.

Volk, Christian (2014): Ziviler Ungehorsam in modernen Demokratien. Eine Nachlese in demokratietheoretischer Absicht. In: Sub/Urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung, Band 2, Heft 4, S. 137–142.

Der gesamte Textkorpus ist auf der Website der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung frei zugänglich <http://www.rechtaufstadt.net/> [letzter Zugriff am 2.6.2022, 9:00].

Die folgenden Dokumente stellen den analysierten Textkorpus dar.

Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2017): Recht auf Stadt / Netzwerk Hamburg / Programmatische Grundlage (RAS).

Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2020): Housing Action Day (HAD).

Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2020): GrundRECHT auf Stadt – für alle! (GRAS).

Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2021): Pressemitteilung (PM).

Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2021): Über uns/ About (Üu/A).

